

KLIMAKOMPAKT

Der Klima-Newsletter von Germanwatch

Nr. 95 | April 2020

- NDCs und Konjunkturpakete synergetisch nutzen

Klimaambition im Jahr 2020

- Wachsende Kluft zwischen Anspruch und Realität im Klimaschutz

Die Zeit zum Erreichen der Treibhausgasziele wird knapp

- Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten im Klimaschutz

WHO empfiehlt Anpassung der nationalen Klimapläne



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Klimaambition erhöhen!

In 2020 sollen die Vertragsstaaten des Paris-Abkommens ihre nationalen Klimapläne (engl., nationally determined contributions, NDCs) nachgebessert vorlegen, doch nun durchkreuzt die Corona-Krise das Jahr der Klimaambition. Die Pandemie hebt die Dringlichkeit zu erhöhter Ambition im Klimaschutz, bei Anpassungsmaßnahmen und internationaler Unterstützung nicht auf. Im Gegenteil verdeutlicht uns die Corona-Pandemie die Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaften, vor allem jener im Globalen Süden, und lässt uns die Notwendigkeit von internationaler Solidarität beim Krisenmanagement erkennen. Die Dringlichkeit klimapolitischen Handelns erhöht sich nur weiter, wenn Wetterextreme in Ländern auftreten, die mit den humanitären, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des Coronavirus zu kämpfen haben.

Die Politik trifft in bisher ungekanntem Tempo äußerst weitreichende nationale Entscheidungen, um kurzfristig drohende Gesundheitsgefahren abzuwehren. Fast naturgemäß geraten daher Überlegungen zu den langfristigen Herausforderungen des Klimawandels in den Hintergrund. Sobald aber Konjunkturprogramme zur Überwindung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise geschmiedet werden, müssen die Ziele des Pariser Abkommens und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ihnen den Weg weisen:

Allein eine Erhöhung der Klimaambition aller Länder in 2020 – durch grüne Konjunkturprogramme und NDCs – kann eine Beschränkung der Erderwärmung auf 1,5°C gewährleisten.

Rixa Schwarz

NDCs und Konjunkturpakete synergetisch nutzen Klimaambition im Jahr 2020

Die Corona-Krise bringt den Fahrplan des Klimajahres 2020 durcheinander, muss aber keine Abschwächung für die Klimapolitik in 2020 bedeuten.

Germanwatch zitiert Auszüge eines Artikels von Steffen Bauer et al., der im Blog des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) erschienen ist:

„[...] Die britische Regierung kündigte mit dem UN-Klimasekretariat an, dass die COP26 [...] in Glasgow als Reaktion auf die anhaltende Corona-Krise ins Jahr 2021 verschoben wird. Dies ist kaum überraschend, stellt jedoch eine beispiellose Herausforderung für den multilateralen Klimaprozess dar, der auch ohne "COVID-19" vor einer neuen Ära steht.

Das Drehbuch war ein anderes [...]. Die COP25 im Dezember 2019 in Madrid dämpfte die Erwartungen nicht, dass 2020 ein "Superjahr" für das Klima wird. Es markiert immer noch den Beginn der Umsetzung des Pariser Abkommens. Diese sieht u.a. vor, dass die meisten Vertragsstaaten aktualisierte, ehrgeizigere Klimaschutzzusagen (engl.: nationally determined contributions, NDCs) vorlegen werden, um die nationale Politik besser auf die globalen Ziele des Pariser Abkommens abzustimmen. In den meisten Teilen der Welt hatten Wähler, Zivilgesellschaft und Medien die Klimapolitik ganz oben auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt. Mit der Ankündigung des Green Deal und der Klimaneutralität bis 2050 signalisierte die Europäische Union sogar die Wiederaufnahme einer Führung, die auf der internationalen Bühne lange Zeit gefehlt hatte. All dies sollte vor COP26 [...] für Dynamik sorgen.

Mit der sich weltweit ausbreitenden Corona-Pandemie ist dieses hoffnungsvolle Skript unter Druck geraten. Dennoch darf die Verschiebung technischer Sitzungen oder Verhandlungssitzungen

die Umsetzung des Pariser Abkommens weder aufhalten noch entgleisen lassen. Ganz im Gegenteil: Da die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise beispiellose Maßnahmen erfordern, sollten sich die Staaten den instrumentellen Wert der NDCs bei der Gestaltung ihrer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung zu eigen machen. Anstatt die nationale Klimapolitik für kurzfristige Wachstumsimpulse zurückzudrängen, könnte das multilaterale Engagement für NDC-Aktualisierungen dazu genutzt werden, die ohnehin immer dringlicher werdenden transformativen Maßnahmen zu lenken und damit den Impuls zu bremsen, zur Tagesordnung überzugehen, sobald der Virus abgeklungen ist. In der Tat sollten die Investitionen zur Ankurbelung des Wachstums auf die Ziele des Pariser Abkommens ausgerichtet werden. Das heißt, alle wirtschaftlichen Aktivitäten müssen mit der Eindämmung der globalen Erwärmung um 1,5°C vereinbar sein und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften und Volkswirtschaften stärken, um mit den unvermeidlichen Auswirkungen des anhaltenden Klimawandels fertig zu werden.

Angesichts der Synergien zwischen Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung wäre es am sinnvollsten, die gegenwärtige Krise zu nutzen, um die notwendigen Investitionen jetzt und nicht erst später zu tätigen. [...]

Das Pariser Abkommen gibt nicht nur eine Richtung vor, sondern auch die NDCs als Instrumente, um Länder auf einen nachhaltigen und krisenresistenteren Kurs zu führen.“

Zum Blogartikel:
<https://blogs.die-gdi.de/2020/04/02/curb-your-enthusiasm-corona-may-slow-down-multilateral-process-but-must-not-derail-global-climate-policy/>

Wachsende Kluft zwischen Anspruch und Realität im Klimaschutz

Die Zeit zum Erreichen der Treibhausgasziele wird knapp

Das 2015 vereinbarte Paris-Abkommen sieht vor, dass die Vertragsstaaten die erste Runde zur Ambitionserhöhung nach fünf Jahren, also in diesem Jahr, abschließen. Der folgende Beitrag zeigt eindrücklich, wie weit in der Umsetzung des globalen Klimaschutzes Anspruch und Realität auseinanderklaffen und wie dringend die einzelnen Länder im Jahr 2020 ihre Ambitionen erhöhen müssen. Die Corona-Pandemie darf die notwendigen Entscheidungen nur kurze Zeit verzögern.

Germanwatch zitiert Auszüge aus einem Kommentar von Niklas Höhne et al., der in der Fachzeitschrift Nature erschienen ist:

„Das letzte Jahrzehnt politischen Versagens im Klimaschutz ist uns richtig teuer geworden. Die zum Handeln verbliebene Zeit schrumpfte um zwei Drittel. Im Jahr 2010 dachte die Welt, sie hätte noch 30 Jahre, um die weltweiten Treibhausgasemissionen zu halbieren. Heute wissen wir, dass dies in zehn Jahren geschehen muss, um die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren. Kleine Veränderungen, welche damals noch hinreichend gewesen wären, reichen mittlerweile nicht mehr aus.“

Die weitere schlechte Neuigkeit ist, dass das zugesagte Handeln von allen Ländern zusammengenommen weit davon entfernt ist, diese Forderungen zu erfüllen. Anstatt die Emissionen bis 2030 zu halbieren, führen die Zusagen der Länder zu einem leichten Wachstum. Und noch schlimmer: Einzelne Länder sind nicht einmal auf dem Weg, die Zusagen zu erfüllen, die von Anfang an ungenügend waren und mittlerweile leider ungemessen sind.

Die bessere Neuigkeit ist, dass mehr Länder, Regionen, Städte und Wirtschaftsunternehmen tiefe schnelle Transformationen, die dringend nötig sind, durchführen. In großem Maßstab umgesetzt, könnte dies die in Paris vor

mehr als vier Jahren vereinbarten gemeinsamen Klimaziele erreichbar werden lassen. [...]

Wenigstens das Vereinigte Königreich (zusammen mit 75 Vertragsstaaten) und Kalifornien haben ambitionierte Ziele gesetzt, um klimaneutral zu werden. [...]

In einer Momentaufnahme zeigen wir, wie wenig die individuellen Zusagen der Länder mit den gemeinsam vereinbarten Zielen kompatibel sind. [...]

Unsere Analyse zeigt, dass sich die Kluft seit 2010 um das Vierfache vergrößert hat.

[...] drei Gründe dafür. Zuerst, die weltweiten jährlichen Treibhausgasemissionen sind zwischen 2008 und 2018 um 14 % gestiegen. [...] Zweitens, weil die Risiken der Klimaänderung besser verstanden werden, stimmt die internationale Gemeinschaft nun überein, dass sie eine niedrigere Erwärmungsgrenze einhalten will, als es vor zehn Jahren beschlossen wurde. Und Drittens, die neuen Klimaversprechen der Länder reichen nicht aus. [...]

Die Länder sind nicht einmal auf dem Weg, ihre gegenwärtig völlig unzureichenden Zusagen von 2015 zu erreichen [...]

Von den G20-Ländern müssen sieben (Australien, Brasilien, Kanada, Japan, Südkorea, und die USA) die bestehende Politik umsetzen oder neue Maßnahmen vorlegen (Die USA haben begonnen, sich vom Paris Abkommen zurückzuziehen, und werden im November austreten). Russland und die Türkei haben sich wenig ehrgeizige Ziele gesetzt, die sie ohne weitere neue Politiken erreichen können. [...]

Doch haben in einigen Sektoren, Ländern, Regionen, Städten und Wirtschaftsunternehmen in den letzten zehn Jahren fundamentale politische Transformationen begonnen, sich abzuzeichnen. Diese Innovationen versuchen die UN-Nachhaltigkeitsziele

(SDGs), darunter auch das zu Klima, zu erreichen. [...]

Ehrgeiziges Handeln

Am meisten ermutigt, dass seit dem Paris-Abkommen zahlreiche agile Länder, Regionen, Städte und Unternehmen radikale Änderungen versprochen oder bereits umgesetzt haben [...]

Netto-Null-Emissionsziele wurden beschlossen oder werden erwogen. [...] Zusammengenommen decken diese Entitäten 21 % der weltweiten Treibhausgasemissionen ab.

[...] Dreiundfünfzig Länder und 31 Staaten und Regionen haben sich explizit zu einem emissionsfreien Stromsektor verpflichtet. [...]

Stahlgiganten wie ThyssenKrupp in Essen und SSAB in Stockholm peilen Null-Emissionen für die Stahlproduktion bis 2050 bzw. 2045 an. Der Baustoffhersteller Heidelberg Zement mit Geschäftszentrale in Deutschland will im Jahr 2050 eine Zementproduktion mit Null-Emissionen erreichen. [...]

Erneuerbare Energien

Die Kosten Erneuerbarer Energien sinken schneller als vorhergesagt. Erneuerbare sind aktuell in der Welt meistens die preiswerteste Quelle für die Stromerzeugung [...].

Die Lücke schließen

Diese wenigen Erfolgsgeschichten müssen vervielfältigt werden und in jedem Sektor muss sich Fortschritt spiegeln. [...]

Die Lücke ist derart gewaltig, dass die Regierungen, der Privatsektor und Unternehmen in einen Krisenmodus wechseln, ihre Klima-Zusagen ambitionierter machen und sich auf baldiges und aggressives Vorgehen festlegen müssen. Sonst geraten die Langfristziele des Paris-Abkommens außer Reichweite. Wir können keine weiteren zehn Jahre verlieren.“

Quelle: Nature Ausgabe 579, 5. März 2020, S. 26-28

Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten im Klimaschutz

WHO empfiehlt Anpassung der nationalen Klimapläne

Die Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte kann beim Klimaschutz und bei Anpassungsmaßnahmen für die öffentliche Gesundheit Vorteile haben. Auch dies kann in die NDC-Verschärfung einfließen. So können Länder ihre Widerstandsfähigkeit gegen unterschiedliche Arten von Krisen verbessern.

Germanwatch zitiert aus einem Papier der WHO:

„Ehrgeizige nationale Klimapläne haben das Potenzial, sich in signifikanten gesundheitlichen Zusatznutzen zu verwandeln - beispielsweise als zusätzlicher Nutzen für die öffentliche Gesundheit im Zusammenhang mit der Reduzierung von Treibhausgasemissionen, die nicht direkt mit den ergriffenen Klimaschutzmaßnahmen zusammenhängen. Konkret geht es um die Verbesserung der Luftqualität, die Verringerung negativer Auswirkungen auf die Gesundheit und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Gesundheitsinfrastruktur.“

Die Vorteile für die öffentliche Gesundheit durch Klimaschutzmaßnahmen, die in NDCs festgehalten wurden, sind immens. Da die derzeitige gesundheitliche Belastung durch Luftverschmutzung – die größtenteils durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht wird – inzwischen weltweit für jeden achten Todesfall verantwortlich ist,

wird eine verstärkte Emissionsreduzierung der lokalen Bevölkerung und den Gemeinden unmittelbare Vorteile bringen und auch der öffentlichen Gesundheit weltweit zugutekommen.

Die Länder können ihre NDCs stärken, indem sie gesundheitsintegrative und gesundheitsfördernde Klimaziele und -politiken entwickeln, [...] z.B. durch die Berücksichtigung der sozialen Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen, die Schaffung klimaresistenter Gesundheitssysteme oder durch prioritäre Anpassungsmaßnahmen. [...]

[Die WHO macht] eine Reihe von Empfehlungen für die Schaffung robuster und ehrgeiziger gesundheitsfördernder NDCs und identifiziert eine breite Palette von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die für nationalen Klimaschutz und Anpassungs[...]prioritäten von Nutzen sein können und zu verstärkten Klimaambitionen beitragen kann.

Gesundheitliche Vorteile des Klimaschutzes in den NDCs:

- Der Reduzierung der Luftverschmutzung und der kurzlebigen Klimaverunreinigungen in den NDCs Priorität einräumen
- Die Gesundheit in die Kosten-Nutzen-Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Klimapolitik einbeziehen [...]

Gesundheitliche Auswirkungen des Klimawandels in den NDCs:

- Die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels in die NDCs einbeziehen
- Den Gesundheitssektor als anfällig für Klimaauswirkungen identifizieren
- Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels quantifizieren und sowohl die gegenwärtigen als auch die prognostizierten Gesundheitsbelastungen einbeziehen [...]

Gesundheit als Anpassungssektor in den NDCs:

- Gesundheit als klimasensiblen Schlüsselsektor priorisieren
- Sicherstellen, dass die Gesundheitsanpassungsmaßnahmen in den NDCs umfassend genug sind, um klimaresistente Gesundheitssysteme effektiv aufzubauen [...]

Umsetzungsmittel für Gesundheit in den NDCs:

- Vertreter*innen der Gesundheitsministerien bei Entwicklung der NDCs und anderer relevanter Strategien oder Pläne zum Klimawandel einbeziehen. [...]"

Zum WHO-Papier „Health in the Nationally Determined Contributions“:

<https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/330656/9789240000674-eng.pdf>

Impressum

KLIMAKOMPAKT Nr. 95 | Stand: April 2020

Redaktion: Rixa Schwarz (V.i.S.d.P.), Manfred Treber, Janina Longwitz

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:
www.germanwatch.org/de/klimakompakt

E-Mail-Abo bestellen: www.germanwatch.org/de/abos-bestellen

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn | Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin: Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin | Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org | Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt.

**Brot
für die Welt**

Für den Inhalt ist allein Germanwatch verantwortlich.

GERMANWATCH